

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen

Morgen-Ausgabe

Jahrg. 219

Nr. 18 a

Bezugspreis:

monatlich 1.00, 3 Monate 2.80, 6 Monate 5.50, 1 Jahr 10.00. — Einmalige Bestellungen sind an den Verlag zu richten.

Halle - Saale

Freitag, 22. Januar 1926

Anzeigenpreis:

die gewöhnliche 10 mal 10 mm 1 Pfennig, 15 Pfennig, 20 Pfennig, 25 Pfennig, 30 Pfennig, 40 Pfennig, 50 Pfennig, 1 Mark, 2 Mark, 3 Mark, 4 Mark, 5 Mark, 6 Mark, 7 Mark, 8 Mark, 9 Mark, 10 Mark, 15 Mark, 20 Mark, 25 Mark, 30 Mark, 40 Mark, 50 Mark, 60 Mark, 70 Mark, 80 Mark, 90 Mark, 100 Mark.

Geschäftsstelle Halle, Bernburger Str. 50. Fernruf Nr. Kurflur 17, 6251. Caesare Berliner Schriftleitung. — Verlags- u. Druck- u. Vertriebsstelle Halle, Saale-Str. 10.

Wendung in der Frage der Fürstenabfindung

Sozialisten und Kommunisten Hand in Hand

Eine gefährliche Klippe für das neue Regierungsverhoff

Berlin, 21. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

In amtlichen Kreisen verläutet man: Um in der Frage der Fürstenabfindung eine der Evidenz entsprechende Vermittlung herbeizuführen, bedürftigen die Regierungsparteien die Begründung eines Reichsgerichtes, an das alle prozeduralen nicht erledigten Fälle überwiesen werden sollen. Dieses Reichsgericht soll nicht nur nach strengem Recht, sondern auch nach den jeweils gegebenen finanziellen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheiden. Falls beide Parteien den Wunsch haben, sollen auch bereits erledigte Fälle diesem Reichsgericht zur Überprüfung überwiesen werden können.

Sozialdemokratische Führer bauen wollen, werden fürerliche Wien dazu machen. Dabei haben heute nachmittag im Reichstage die Fraktionen sich ebenfalls mit der Frage der Fürstenabfindung beschäftigt. Wie oben gesagt, ist zwischen der jetzigen Regierungsparteien ein Kompromiß zustande gekommen, nach dem der demokratische Antrag zurückgezogen wird. Es soll nach den weiteren Verhandlungen ein Reichsgericht eingesetzt werden, das sich mit allen prozeduralen nicht erledigten Fällen befassen wird. Wichtige Arbeit in dieser Richtung kann es natürlich nicht geben, und es ist auch zu bedenken, daß das für notwendige Reichsgericht ein Zweipartei-Reichsgericht bedarf, da die Einsetzung eines Sondergerichts verfassungsändernd ist. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die Ministerregierung der Wille eine über die Kompromißpartei hinausgehende Ausdehnung für ein solches Gesetz im Reichstage gewinnen könnte. Die Frage der Fürstenabfindung erweist sich immer mehr als eine recht gefährliche Klippe, an der nicht nur das neue Regierungsverhoff zu scheitern vermag, sondern die auch den rüstigen Wählern der weiteren politischen Entwicklung unter Umständen gefährlich ist.

schloß, an ihrer Entschließung festzuhalten, wonach sie der Regierung der Wille gegenüber sich abwartend verhalten werde. Sie steht dieser Regierung in sachlicher, aber nicht in grundsätzlicher Opposition gegenüber und behält sich ihre Entscheidungen zu den Regierungsvorschlägen von Fall zu Fall vor. Die Sozialdemokratische Partei, die demokratische Partei und die Sozialdemokratische Partei stellen nur kurze Zeitungen zur Behandlung laufender Angelegenheiten ab. Gegenüber der Regierung war u. a. bei der Volkspartei die Freisetzung, bei den Demokraten die Fürstenabfindung und bei den Sozialdemokraten das Verbleiben der Fürstenabfindung. Das Zentrum schloß sich mit dem Reichsfinanzminister für 1926. Heber die Befragung des Reichs des Reichsfinanzministers wurde nicht gesprochen.

Der gestrige Kabinettsrat

Berlin, 21. Januar.

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts gab sich der Vorschlag der Reichsminister Dr. Brügel, Dr. Curtius und Dr. Heinholt, die bisher noch nicht im Reichsblatte veröffentlicht worden sind, durch den Reichsminister für den Reichsminister Dr. Stresemann einen Heberblatt über die außenpolitische Lage. Am Anfangsbaran wurde über den Stand der Reichsfinanzverhältnisse mit dem Reichsminister für den Reichsminister Dr. Curtius. Die Befragung der Reichsminister, die Gegenstand einer besonderen Sitzung des Reichskabinetts, ist in den nächsten Tagen stattfinden. Der Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichsminister für den Reichsminister Dr. Brügel, Dr. Curtius und Dr. Heinholt, die bisher noch nicht im Reichsblatte veröffentlicht worden sind, durch den Reichsminister für den Reichsminister Dr. Stresemann einen Heberblatt über die außenpolitische Lage. Am Anfangsbaran wurde über den Stand der Reichsfinanzverhältnisse mit dem Reichsminister für den Reichsminister Dr. Curtius. Die Befragung der Reichsminister, die Gegenstand einer besonderen Sitzung des Reichskabinetts, ist in den nächsten Tagen stattfinden.

Eine grundlegende Entscheidung des Staatsgerichtshofes

Rechtsgültigkeit von Notverordnungen einer zurückgetretenen Regierung. Berlin, 18. Januar.

Der Staatsgerichtshof hat in seiner Sitzung Ende vorigen Jahres einen Antrag zurückgewiesen, die vom preussischen Staatsministerium als geschäftsführendes Kabinett erlassenen Notverordnungen für verfassungswidrig und daher rechtlich nichtig zu erklären. In der nunmehr vorliegenden Begründung wird folgende Begründung angegeben: 1. Nach ein zurückgetretenes Gesamtministerium, also eine Geschäftsbearbeitung, stellt ein Staatsministerium im Sinne des Art. 65 Abs. 2 der preussischen Verfassung bestimmt, daß im Falle des Rücktritts des Gesamtministeriums die zurückgetretenen Minister die laufenden Geschäfte bis zu deren Wiederernennung durch die neuen Minister weiterzuführen haben. Wenn mit dem Worte „laufende“ eine Einschränkung der Amtsbefugnisse eines zurückgetretenen Ministers hätte verbunden werden sollen, wäre dies wohl klar und unangezweifelt zum Ausdruck gekommen und gleichgültig geäußert worden, daß und unmissverständlich die Befugnisse anderer seien als die eines ordnungsmäßigen. Nebenfalls steht aber fest, daß auch ein zurückgetretenes Ministerium für seine Amtsbefugnisse voll verantwortlich bleibt und danach nicht nur beauftragt, sondern sogar verpflichtet ist, alles zu tun, was das Staatswohl erfordert. 2. Als Voraussetzung verlangt Art. 65, daß der Landtag nicht veranlagt ist. Es kommt also lediglich auf die Tatsache des Rücktritts an, nicht auf die Zeit, die er dauert. 3. Die letztere kürzere oder längere Zeit abzuwarten, ist gleichgültig; denn der Erlaß von Notverordnungen bildet keinen Aufschub und keine, wenn auch nur kurze, Verzögerung, wie sie mit der Zusammenberufung des Landtages unabweisbar verbunden wäre. 4. Notverordnungen dürfen nur in Übereinstimmung mit dem in Art. 26 vorgezeichneten handigen Aufschub der Befugnisse innerhalb einer Tagung nicht bestellt, andererseits Art. 65 keine Zustimmung zum Erlaß von Notverordnungen verlangt, geschweige denn den Erlaß, daß Notverordnungen nur außerhalb der Tagung oder zwischen zwei Landtagen erlassen werden dürfen. Somit ist erforderlich, daß Art. 65 die Befugnisse des handigen Aufschubes über den Landtag des Art. 26 hinaus auf alle Fälle aus, in denen der Landtag nicht berufen ist.

4. Die im vorliegenden Falle erlassenen Notverordnungen laufen in dem Sinne der Befugnisse nicht zu wieder und verhalten insofern nicht gegen Art. 65, als auch für die Verordnung betreffend die Verlängerung der Wählzeiten der Provinziallandtage und Freitage. 5. Die in den Ermessen der Regierung gehaltene Frage, ob die Zurückberufung der öffentlichen Wahlen, die die Befugnisse eines umständlichen Postambes vom Erlaß einer Verordnung abhängig erforderlich, unterliegt der Entscheidung durch den Staatsgerichtshof, jedoch muß das Ermessen der Regierung über die Abgrenzung solange als berechtigt erachtet werden, als

Bayern gegen reichsgesetzliche Regelung

Berlin, 21. Januar.

Am Reichstagsklub des Reichstages erklärte der bayerische Abgeordnete Dr. von Regler über die Stellung seiner Regierung zu dem demokratischen Antrag, die bayerische Regierung habe auf dem Standpunkt, daß die Regelung des Verhältniswesens zwischen den Ländern und ihren ehemaligen Fürstentümern eine staatsrechtliche Angelegenheit sei und daß sie nicht durch Reichsgesetz erfolgen könne. Der bayerische Ministerialrat Neumer erklärte dem die Einzelheiten der Auseinandersetzung mit dem Königshaus und kam zu dem Schluß, daß der Vergleich keineswegs ungünstig für Bayern ausfallen sei.

Bestechungsversuche Briands

Doumers Ausichten immer geringer

Paris, 21. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Die Entschließungen des Exekutivkomitees der Radikalen Sozialistischen Partei gegen die Projekte Doumers lassen deren Annahme in der Kammer als ausgeschlossen erscheinen, da die bisherigen radikal-sozialistischen Abgeordneten, die etwa nach persönlicher Überzeugung stimmen möchten, den Ausschluß aus der Partei wegen Verstoßes gegen die Disziplin zu gewärtigen haben. Die bisher gegebenen Hoffnungen auf Abmilderungen von dem Einkreis, die zur Bildung einer neuen Mehrheit führen können, dürften sich daher kaum verwirklichen. Briand, der die neuen Schwierigkeiten vollumfänglich begriffen und einer offenen Fehlschiff in der Kammer aus dem Wege gehen will, versucht nunmehr durch Ueberredung hinter den Kulissen auf die Abgeordneten zu wirken. Ein nicht zu unterschätzendes Druckmittel in der Hand der Regierung ist dabei die beantragte Erhöhung der Abgeordnetenbezüge von 30 000 auf 42 000 Franken. Die Regierung hofft einen Teil der Stützen soweit zu bringen, daß sie sich wenigstens der Abstimmung entziehen. Der Reichstatterer Lamoureux wird heute, nachdem die Kommission ihre Arbeiten im Verlaufe der Nachprüfung beendet hat, die letzte Hand an seinen Bericht legen, dessen Verteilung spätestens am Sonnabend vor sich gehen kann. Man glaubt, daß die Kammerausprache erst am Montag festgesetzt wird, weil die Mitglieder der Finanzkommission den Sonntag in ihren Wahlkreisen verbringen wollen.

Sowjetdiplomatie

Moskau, 21. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Wladimir hat den russischen Botschafter in Peking, Karadjan, beauftragt, in den russisch-chinesischen Beziehungen Konflikt die Verhandlungen mit der chinesischen Regierung aufzunehmen und diesen Konflikt auf der Welt zu klären. Der russische Botschafter hat darauf sofort eine Note dem chinesischen Außenminister mit der Erklärung angehängt, daß die russische Regierung bereit sei, den Konflikt zu beilegen, wenn Zhangjinfan seine Forderungen von der chinesischen Regierung abwerfen. Zhangjinfan ist jedoch gegen jede Befreiung des Russlands und hat die Sowjetdiplomatie im fernsten Osten wegen ihrer Haltung hart angegriffen.

Fraktionskollisionen nach dem Reichstage

Berlin, 21. Januar.

(Eigener Drahtbericht.)

Im Hinblick auf die heutige Nachmittag nach dem früheren Schluß der Verhandlungen der Fraktionsberatungen vorbehalten. Der Reichstagsklub vereinigt bereit über ihre Stellungnahme zu dem neuen Kabinett und be-

Wertbeständige Anleihen

Table of interest-bearing securities with columns for title, value, and price. Includes items like 5% Anb. Roggenw., 5% Bld. L. K. K. K., etc.

Käufer. Sie rechnen zweifelhafte mit Bedeutend erlösten Kursen für Schiffahrtswerte nach Verteilung der amerikanischen Entschädigung. Bester waren Danja mit 142 (+9), Roland mit 150 (+5), Kufstal 103%, Anosmos 90, Sambur 112%,...

Leipziger Börse

Table of stock market prices from Leipzig, listing various companies and their share prices.

auf die schwächeren amerikanischen und englischen Meinungen gerückt, während Roggen etwas besser gehalten war. Zu Berlaue konnte für Roggen sogar eine leichte Erhöhung Platz greifen. Das Angebot an effektiver Ware hielt sich für Weizen in normalen Mengen Roggen dagegen weniger offeriert. Die Weizen und Exportware nahmen auch heute zu etwa 1-2 Mark ermäßigten Preisen das angebotene Material auf. Für Roggen bestand vornehmlich Nachfrage vom Rheinlande und von Seiten der Exportware zur Erfüllung aller Kontrakte. Die amerikanischen und auch inländischen Ertritten waren ermäßigten Preisen abgesetzt. Die Weizen und Roggen hielt sich in den englischen Gegenden. Daher und ebenso Ertritten waren flücker angeboten. Für feine Qualitäten feiner Artikel hatten regere Nachfrage, während Mittelqualitäten durch abgesetzten waren.

Table of grain prices for wheat, rye, and barley, including prices per 100 kg and per bushel.

Table of metal prices for various types of aluminum and other metals, listing prices per 100 kg.

Berliner Schluß- und Marktsicht. Im weiteren Verlauf der Börse blieb die feste Haltung der Monianitäten erhalten. Die Kurse gingen durchgängig noch um 1-2 Prozent an. Späterhin zeigt die Spekulation jedoch zu Gemüthsstimmungen, die ein leichtes Abwärtssinken der Notierungen zur Folge hatten. Die Kurse gingen durchgängig noch um 1-2 Prozent an. Späterhin zeigt die Spekulation jedoch zu Gemüthsstimmungen, die ein leichtes Abwärtssinken der Notierungen zur Folge hatten. Die Kurse gingen durchgängig noch um 1-2 Prozent an. Späterhin zeigt die Spekulation jedoch zu Gemüthsstimmungen, die ein leichtes Abwärtssinken der Notierungen zur Folge hatten.

Leipzig, 21. Jan. (Reichsrecht) Danja 142, Roland 150, Kufstal 103%, Anosmos 90, Sambur 112%,...

Druck und Verlag von Otto Dietrich. Leiter der Redaktion: Adolf Wiedemann.

Hamburger Börse. Die Pause im Schlußmarkt nach gestern ihren Fortgang. Die Spekulation ergriff wieder in hohem Maße als

Berliner Probkaffe. Im Probkaffeehandel kam gestern eine schwächere Stimmung zum Durchbruch. Im Lieferungsgebiet kam besonders Weizen

Unterbrechung der Notierung. Die Notierung wurde durch eine Unterbrechung der Notierung. Die Notierung wurde durch eine Unterbrechung der Notierung.

Berliner Börse vom 21. Januar 1926

Large table of stock market prices for various companies, organized in columns with company names and their respective share prices.

Weitere Berliner Kurse.

Table of additional stock market prices, including various bank and industrial shares, organized in columns.